

17. August 1956: Das KPD-Verbot und die Haltung der SPD-Fraktion

Als die Bundesregierung im November 1951 beim BVG das Verbot der KPD beantragte, hielten führende Sozialdemokraten auf Bundesebene und in Bremen das für falsch und überflüssig.



August Hagedorn (1888–1969), SPD, Präsident der Bürgerschaft 1946–1966

Nach fast fünf Jahren wurde das Verbot schließlich am 17. August 1956 verkündet. In Bremen tauchte sofort die Frage auf: Sind die Mandate der vier kommunistischen Bürgerschaftsabgeordneten damit automatisch verfallen? Die SPD-Fraktion allen voran August Hagedorn, damals Präsident der Bürgerschaft, hegte Zweifel. Schließlich waren die ja vom Volk gewählt und im Karlsruher Urteil war von Mandatsverlust nicht die Rede. Am 12. September 1956 beschloss die Bürgerschaft mit der absoluten Mehrheit der SPD und wenigen bürgerlichen Stimmen – die vier Kommunisten hatten die Sitzung verlassen –, den Staatsgerichtshof in dieser Frage anzurufen. Ausdrücklich wurde gefragt, ob ein evtl. Verlust der Bürgerschaftssitze auch die Mitgliedschaft in der Stadtbürgerschaft betreffe. SPD-Abgeordnete legten Wert auf die Feststellung, dass es sich keineswegs um politische Kumpanei mit der KPD handele, sondern lediglich um eine Klärung der Rechtslage. Die SPD-Senatoren teilten übrigens genauso wenig wie ihre Senatskollegen von CDU und FDP die rechtlichen Zweifel ihrer FraktionsgenossInnen. Sie sprachen sich für sofortige Aberkennung der Mandate aus.



Maria Krüger (1907–1987), KPD, Mitglied der Bürgerschaft 1951–1959 (1956–1959 nur der Stadtbürgerschaft)

Der am 5. Januar 1957 verkündete Spruch des Staatsgerichtshofs lautete: Die Kommunisten verlieren ihre Mandate im Landtag, behalten sie aber in der Stadtbürgerschaft.

Die Vier, drei Männer und eine Frau, Maria Krüger, arbeiteten unter der Bezeichnung »Unabhängige Sozialisten« weiterhin in der Bürgerschaft, soweit sie als Stadtbürgerschaft tagte, mit. Zur Bürgerschaftswahl 1959 kandidierten sie zwar wieder, da es eine getrennte Wahl zu Landtag und Stadtbürgerschaft nicht gibt, erhielten aber nicht genug Stimmen. Die Haltung der Bremer SPD-Fraktion war angesichts eines weitverbreiteten, z. T. hysterischen Anti-Kommunismus sehr souverän und alles andere als selbstverständlich.